

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Rhein-Erft-Kreis beschließen nach Beratungen in Kreismitgliederversammlung und Kreisvorstand im März 2008 folgende Erklärung:

Kölns Wilder Westen braucht GRÜN

In der Mitte der Wahlperiode nach dem Mehrheitsverlust von Rot-Grün im Bund und im Land und der Bestätigung oder Etablierung von schwarzen oder schwarz-gelben Mehrheiten in Ländern und Kommunen und der schwarz-roten Mehrheit im Bund müssen wir uns fragen, wie platzieren wir GRÜNE uns in der politischen Landschaft?

Klimaschutz, Energiepolitik und andere ökologische Themen nehmen insbesondere seit dem Stern-Report einen so breiten Raum wie nie zuvor in der politischen Diskussion und auf allen politischen Ebenen ein.

Auf den ersten Blick macht die Kanzlerin in der Bundespolitik hinsichtlich der zentralen Zukunftsthemen eine ganz brauchbare Politik. Diverse Gipfel beschließen anspruchsvolle klimapolitische Ziele, der Atomausstiegsbeschluss wird nicht revidiert, in den Städten werden Umweltzonen eingerichtet, die Umweltverwaltung und Umweltgesetzgebung werden weiter entwickelt.

Die schwarz-gelbe Landesregierung baut die unter rot-grün aufgebauten Umweltstandards ab und gibt dies als Entbürokratisierung der staatlichen Umweltverwaltung aus, augenfällig besonders bei der gegen jeden fachlichen Rat durchgeführten angeblichen Forstreform. Damit die Regierung nicht ganz ohne umweltpolitische Kleider da steht, schmückt sie sich mit dem Alleen- und Aufforstungsprogramm. Letzteres gibt es übrigens hauptsächlich deshalb, um die Folgen des Orkans Kyrill mit seinen immensen Waldschäden abzumildern.

Im Rhein-Erft-Kreis und seinen Kommunen nutzen die schwarzen Akteure jede nur erdenkliche Gelegenheit, sich einen grünen Anschein zu geben. Der Brühler Stadtrat beschließt den Einkauf von Ökostrom. Der Landrat treibt das Projekt Gymnicher Mühle mit der Renaturierung der Erftauen voran, die Etatpositionen für das Aufforstungsprogramm werden nicht völlig gestrichen. Im Rahmen der Regionale 2010 wird der dritte Kölner Grüngürtel ausgebaut und mit terra nova Neues im braunkohledominierten Kölner Wilden Westen versucht.

Auf den zweiten Blick hingegen wird das Dilemma dieser Politik klar. Denn sie geht nicht von der Erkenntnis aus, dass der Mensch als Teil der Natur diese nicht dauerhaft beherrschen kann, sondern seine Beziehungen zur Welt als Teil des weltweiten Ökosystems organisieren muss. Die derzeitige Politik formuliert kein umfassendes und schlüssiges Konzept für die Zukunft. Um nicht eigene Grundhaltungen konsequent hinterfragen zu müssen, beschränken alle anderen Parteien sich auf das Herumdoktern an Symptomen.

Für GRÜNE verbietet sich jede Politik, die Folgen vom Handeln abkoppelt, also nicht nachhaltig ist.

Nachhaltig handeln heißt, das eigene Handeln so zu organisieren, dass keine negativen Folgen für andere entstehen, ob sie heute oder morgen leben, Frauen oder Männer, jung oder alt, farbige oder von weißer Hautfarbe sind.

Dieses Streben nach umfassender Nachhaltigkeit steht bei den anderen Parteien eben nicht im Zentrum der politischen Grundwerte. Schlüssige Politik der Nachhaltigkeit kann außer uns GRÜNEN niemand.

Wer in der Energieversorgung auf fossile Energieträger setzt, externalisiert Folgen: Der Kohlendioxidanteil der Atmosphäre steigt und damit die Durchschnittstemperatur. Der Klimawandel ist eine Tatsache und kann nur noch in den Folgen gemildert werden. Volkswirtschaftliche Kosten ohne Ende, Hunger, Dürre, Überschwemmungen, Orkane, Schmelzen der Gletscher, die Folgen kennen wir. Konkret für unsere Braunkohleregion kommen noch der Lärm, die Schadstoffbelastung durch Feinstaub und Schwermetalle sowie die Folgen der Umsiedlungen hinzu: die ausgeräumte Landschaft, der Verlegung von Infrastrukturelementen, der Kosten der Rekultivierung, die am Ende eben nicht von den Unternehmen aufgebracht werden, die von der Kohle profitieren.

Subventionsfrei heißt hier nur, dass wir alle nicht schon heute für die finanziellen Folgen der fossilen Phase der Energieerzeugung zahlen müssen. Dass wir zahlen müssen, steht außer Frage.

Wer in der Energieversorgung auf atomare Energieträger setzt, spielt mit dem atomaren Feuer des Supergaus und der Verstrahlung. Hinzu kommt, dass auch Uran ein endlicher Rohstoff ist und die Entsorgung des Atom Mülls nicht zu klären ist. Hier werden den künftigen Generationen erhebliche Kosten und nicht zu verantwortende Strahlengefahren auferlegt.

Auch im Verkehrsbereich wird ohne Rücksicht auf die Folgen und Kosten für andere agiert. Nach wie vor steigt die Menge der Fahrzeuge und Fahrten auf den Straßen. Nach wie vor wird zu wenig regional vermarktet. Noch immer nimmt der Flugverkehr zu. Das kann sich die Menschheit in der Form nur für eine kurze Zeitspanne leisten.

In der Landwirtschaft wird massiv versucht, die Abhängigkeit von Saatgut- und Düngemittelherstellern inzwischen nicht mehr allein über die klassische Züchtung, sondern auch über die gentechnische Manipulation von Pflanzen zu vergrößern. Eine Folge ist die Einschränkung der Vielfalt von Flora und Fauna. In der Perspektive droht auch die Gefährdung der Ernährungsgrundlage generell.

Auch im Rhein-Erft-Kreis - Kölns Wildem Westen - gibt es genügend Beispiele für eine nicht nachhaltige Politik.

Aufgrund der Braunkohletagebaue ist der Kreis der waldärmste Kreis des Landes. Eigentlich zwingender Grund für eine forcierte und engagierte Aufforstungspolitik. Gerade wegen der Erkenntnisse des Klimawandels und der hohen Bedeutung von Wald ist hier Klotzen angesagt und nicht Kleckern. Doch im Kreishaushalt sucht man entsprechend üppig dotierte Ausgabetitel vergebens. Ganz zaghaft wird die Freiwilligenaktion „Lasst Bäume in den Himmel wachsen“ unterstützt. Ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Konterkariert werden die Bemühungen um den Wald durch die Pläne des Phantasialandes, sich in den Wald im Naturpark Rheinland um 30 Hektar zu vergrößern. Wir GRÜNE unterstützen als einzige Partei konsequent auf allen politischen Ebenen die Initiative 50tausendBäume, die sich den Erhalt des Villewaldes zum Ziel gesetzt hat. Wenn alle anderen Parteien im Kreistag an dieser Stelle bedingungslos dem Phantasialand-Betreiber in seinen Expansionsplänen folgen, wird deutlich, dass alles wolkige Gerede von Naturerhalt als Ziel von Kreispolitik letztlich nur hohle Phrasen sind.

Dass ökologisch erzeugte Lebensmittel mittlerweile einen boomenden Markt ausmachen, der schon jetzt nicht mehr mit inländischer Produktion bedient werden kann, wird von der Agrarlobby auch im Rhein-Erft-Kreis nach wie vor ignoriert. Statt mit gezielter Förderung auch hier eine Biolandwirtschaft aufzubauen, deren Produkte den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher entspricht, werden weiterhin Flächen mit Monokulturen bepflanzt. Nachwachsende Rohstoffe für den Einsatz als Treibstoffalternative ersetzen dabei zunehmend die Nahrungsmittelproduktion. Intensiver Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie hoher Wasserverbrauch sind hierfür erforderlich. Das ist keine nachhaltige Landwirtschaft.

Ist aller Orten davon die Rede, dass man auch Naturstrom kaufen könnte, ist dies der Kreisverwaltung selbst noch nicht zu Ohren gekommen. Gerade eben wurde, sozusagen als laufendes Geschäft der Verwaltung, der Vertrag über den Strombezug für die Liegenschaften des Kreises verlängert. Natürlich wird kein zertifizierter Naturstrom gekauft.

Im Verkehrsbereich sind die anspruchsvollen Zielsetzungen, den Anteil der umweltfreundlichen Mobilität Radfahren, Bus- und Bahnfahren und Zufußgehen zu erhöhen, schon längst aufgegeben worden. Der Anteil des Autoverkehrs steigt unaufhörlich. Nach neuen Straßen wird gerufen, das Rufen wird vielerorts erhört, zuletzt bei der Ortsumgehung Frechen-Buschbell oder Hürth-Hermülheim. Das Nachhaltigkeitsziel der Reduktion des Flächenverbrauchs wird dabei gleich mit ignoriert.

Doch wenn es um den Ausbau der Fahrradinfrastruktur geht, ist schnell Ebbe in der Kasse, wenngleich es auch Positives zu vermelden gibt, wie die Empfehlungen zur Gestaltung von Radverkehrsanlagen, in denen die Kreisverwaltung darstellt, wie eine das Radfahren unterstützende Gestaltung der Verkehrsanlagen aussieht.

Erst recht ist im Sektor des Öffentlichen Personennahverkehrs im Grunde kein Fortschritt zu verzeichnen. Mit Ausnahme der Stadtbussysteme in Hürth, welches vorbildlich ist, und Brühl, welches verbesserungsfähig ist, sind in den letzten Jahren keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen. So etwas wie schnelle Regionalbusse werden noch immer mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der mäandrierenden Ortserschließung in Bedburg, Elsdorf, Bergheim oder Erftstadt verhindert. Busverkehr ist Resteverkehr. Da wird dann allen Ernstes von Rollstuhl fahrenden Buskunden erwartet, dass sie ihren Fahrbedarf zwei Tage vorher anmelden, damit in der Umlaufplanung der Busse vorgesehen wird, für diese Zeit einen Rollstuhlfähigen Bus einzusetzen.

Auf der Schiene ist der Ausbau des S-Bahn bis Sindorf nun abgeschlossen, der Haltepunkt Weiden-West erfreut sich wider Erwarten großer Beliebtheit, weil die Haltestelle tarifmäßig kurzerhand auf Kölner Stadtgebiet gelegt wurde. Mit dem zweigleisigen Ausbau der Stadtbahnlinie 18 zwischen Brühl und Bonn geht es aber ebenso wenig weiter wie mit anderen wünschenswerten Ausbauplänen. Dies liegt insbesondere daran, dass die Kölner Stadtpolitik es immer wieder erfolgreich schafft, die knappen öffentlichen Gelder, die eigentlich für die Versorgung der gesamten Region gedacht sind, auf Köln zu konzentrieren und in irgendwelche Tunnelbauten zu versenken. Kaum musste Köln kleinlaut zugeben, bei den Förderanträgen für die Nord-Süd-U-Bahn falsche Zahlen vorgelegt zu haben, machen sie schon wieder die Hände auf und reden von der absoluten Notwendigkeit den Rhein zu untertunneln und eine U-Bahn von Deutz zur Uni bauen zu müssen.

Wir und die Anderen

Was bei den anderen Parteien als Nachhaltigkeit daherkommt, ist bei genauerem Hinsehen allein „green-washing“, weil andere Ziele vorrangig sind und Nachhaltigkeit allein wegen der Popularität hinein interpretiert wird.

Bei den Sozialisten steht nach wie vor als vorrangiges politisches Ziel die gerechte Teilhabe der arbeitenden Bevölkerung am monetären Wohlstand. Dass die Produktion des so verstandenen Wohlstands z.B. Umweltkosten externalisiert, ist für Sozialisten zweitrangig.

Mit den Altsozialisten aus Ost und West haben wir GRÜNE noch keine gemeinsame Regierungserfahrung machen müssen. Wenn sich Nachhaltigkeit hier beschränken müsste auf den Kampf gegen das globalisierte Kapital und gegen die imperialistische Politik der USA, bekämen wir schon deswegen erhebliche Bauchschmerzen, weil wir das Engagement demokratischer Gesellschaften für die Menschenrechte und insbesondere die Rechte von Frauen für richtig erachten.

Wenn die Sozialdemokratie die Mindestlohndebatte ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung rückt, nähert sie sich damit der Linken. Linke und SPD konzentrieren sich auf eine durch diese Themen anzusprechende Kernwählerschaft. In Zeiten der Globalisierung reicht dies nicht. Wie sollen die Arbeitsmärkte in Deutschland vor Konkurrenz in Europa oder der Welt geschützt werden? Wie sollen die Grenzen gesichert werden? Ohne Politik für Nachhaltigkeitsstandards in der einen Welt wird die Arbeiterschaft marginalisiert. Gerechtigkeit, Arbeitsbedingungen und Einkommen, die ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, verstehen GRÜNE als Aufgabe, die nicht mit Abschottung gegenüber anderen Nationen zu lösen ist. Dies ist nicht so populär zu verkaufen wie lautstarkes Protestieren gegen „Heuschrecken“ und ungleich mühseliger. Aber letztlich ist das Einfordern international gültiger und nachhaltiger Sozialstandards der einzige Weg, diese Ziele auch für unsere Bevölkerung zu schaffen. Eine SPD, die das ihrer Wählerschaft nicht vermitteln will oder kann, ist damit für GRÜNE nur noch bedingt hin und wieder eine Option.

Nachhaltigkeit hat in dieser Sozialdemokratie nur einen untergeordneten Stellenwert, denn sie wird verstanden als eine Politik, „die den Himmel über der Ruhr wieder blau macht“. Wenn dies auch mit einem neuen Färbemittel von Bayer Leverkusen ginge, hätten Sozialdemokraten auch nichts dagegen. Dass in den rot-grünen Regierungen einige Fortschritte einer nachhaltigen Politik möglich waren, muss als unser GRÜNER Verdienst gewürdigt werden.

Die Christdemokraten sind in der Dimension Nachhaltigkeit scheinbar anschlussfähig. Sie sind als Konservative am Bewahren des Bewährten interessiert. Dazu gehört neben den althergebrachten Vorstellungen von Familie oder Zusammenleben der Generationen auch eine Vorstellung von der Erhaltenswürdigkeit der Natur.

Die Grenze der Belastbarkeit des Nachhaltigkeitsbegriffes in der Anwendung auf die CDU-Politik liegt zum einen darin, dass bei der CDU Nachhaltigkeit nur ein derzeit opportunes Nebenziel ist und sie zum anderen auch eine andere Vorstellung von Nachhaltigkeit hat. Nachhaltiges Handeln wird hier als Sparsamkeit missverstanden und bedeutet Verzicht.

So mag sich zum Beispiel die Streichung von Stellen für die Schulsozialarbeit aus finanzpolitischer Sicht als nachhaltig darstellen. Sozial- wie auch wirtschaftspolitisch sieht dies jedoch anders aus. So liegt es auf der Hand, dass die fehlende Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft natürlich fatale Folgen hat. Nachhaltig ist, dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche gedeihen und nicht als Bedrohung wahrgenommen werden.

Da Nachhaltigkeit im Sinne von „Erhalt des Bewährten“ aber Teil des Wertesystems der CDU ist, fällt es dieser nicht schwer, grüne Positionen scheinbar zu integrieren, sofern sie nicht grundsätzlich und damit als fundamentalistisch kritisierbar formuliert wurden.

Damit verkommt Nachhaltigkeit bei der CDU aber eigentlich zu einem folgenlosen Attribut und verliert den grundsätzlichen Anspruch. Sowenig wie „ein bisschen schwanger“, geht „ein bisschen nachhaltig“.

Die extreme Rechte macht Menschen anderer Herkunft für alles Unheil in unserem Lande verantwortlich. Hier lautet die Externalisierungs-Strategie: Ausweisen von allen, die hier nichts zu suchen haben.

Die Neoliberalen machen die staatlichen Eingriffe zur sozialen Sortierung des Gemeinwesens für alles Unheil in der Welt verantwortlich. Hier lautet die Externalisierungs-Strategie: Untergehen lassen von allen, die sich nicht durchsetzen.

Wir GRÜNE verlangen die Anerkennung der Erkenntnis, dass Alles Alle betrifft. Wir setzen dies auf allen Ebenen mit der jeweiligen Ausformulierung der Erfordernisse einer an Nachhaltigkeit orientierten Politik um.

Auf Weltebene gibt es noch keine parteipolitischen Organisationen, die entsprechende Programme formulieren. Aber die Programme der NGOs werden von uns GRÜNEN unterstützt. Wir GRÜNE setzen uns für die Anerkennung der Notwendigkeit einer Weltinnenpolitik unter dem Dach der Vereinten Nationen ein.

Auf der europäischen Ebene gibt es von uns GRÜNEN unterstützte Einrichtungen und die Beteiligung an diesen. Der europäische Einigungsprozess mit der Überwindung der Blockkonfrontation und der europäischen Integration in der Europäischen Union wird unterstützt. Selbstverständlich finden nicht alle Beschlüsse von EU-Parlament und EU-Kommission unsere Unterstützung, doch ist es auch ein Fortschritt an Nachhaltigkeit, dass auf europäischer Ebene Gesetze und Politik formuliert werden können.

Auf Bundes- und Landesebene artikulieren wir GRÜNE uns deutlich. Wir stehen für die Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsgedankens in allen politischen Feldern.

Rhein-Erft-Kreis – Zukunft – GRÜN

Auf kommunaler Ebene formulieren wir für den Rhein-Erft-Kreis folgende Ziele:

- Der Kreis versorgt seine eigenen Liegenschaften künftig mit Strom aus regenerativen Quellen. Der Kreis nutzt dabei konsequent die Photovoltaik. Die Kraft-Wärmekopplung wird in eigenen Anlagen vorangetrieben. Das Kompetenzzentrum für regenerative Energien und Energieeffizienz bringt unabhängig von großen Energieversorgern Forschung, Entwicklung und Ausbildung für die künftigen Energietechniken voran. Der Kreis spricht sich für den Ausstieg aus der Braunkohlenutzung aus. Der Kreis lehnt den Tagebau Hambach II zwischen Düren, Kerpen und Erftstadt sowie die Auskohlung des Hambacher Tagebaus südlich der jetzigen Trasse der Autobahn 4 entschieden ab. Aufgrund der durch RWE Power nicht eingehaltenen Zusagen aus dem Kraftwerkserneuerungsprogramm konkretisiert der Kreis seine Forderung dahingehend, alle alten Braunkohleblöcke abzuschalten und neben den in Betrieb oder Bau befindlichen drei neuen BoA-Blöcken - einer in Niederaußem und zwei in Neurath - keine weiteren Braunkohleblöcke mehr zu errichten.
- Der Kreis stellt seine Verkehrspolitik auf eine konsequente Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes, also Fahrrad, Füße, Bus und Bahn um. Der Kreis setzt sich im Rahmen der Verkehrsplanung auf Landesebene und bei der Bezirksregierung für die schnellstmögliche Realisierung neuer Schienenverbindungen zwischen den Kommunen ein und schafft die dafür notwendigen planerischen Voraussetzungen. Der Kreis prüft unvoreingenommen die Voraussetzungen für eine direkte Schienenverbindung von Erftstadt, Wesseling und Brühl über Hürth, Frechen, Kerpen nach Bergheim und Bedburg. Der Kreis richtet zur Verbindung der Kommunen, die untereinander keine Schienenverbindung haben, Schnellbuslinien ein, die die Zentren der Kommunen und die Schienenhaltepunkte in akzeptablen zeitlichen Abständen verbinden. Als Faustregel gilt: Der Schnellbus braucht nicht mehr als doppelt so lange wie das Auto. Die Radwege werden gemäß dem Verkehrsentwicklungsplan des Kreises ertüchtigt. Die Schnittstellen zwischen Rad- und Bahnfahren werden konsequent durch Radstationen oder anzumietende sichere Fahrradabstellboxen verbessert. Der Kreis führt schnellstmöglich das Jobticket für seine Bediensteten ein und bewirtschaftet die Stellplätze rund um das Kreishaus. Mit dem Jobticket für 20 Euro monatlich wird auch die Parkberechtigung erworben. Für Besucher gilt die in Bergheim übliche Regelung.
- Der Waldanteil des Kreises wird massiv erhöht. Er steigt jährlich um mindestens 10 Prozent. Das Phantasialand erhält keine Genehmigung zur Ausdehnung in den Naturpark Rheinland.
- Die Biotopvernetzung wird konsequent fortgeführt und mit dem notwendigen Personal ausgestattet. Maßnahmen wie der dritte Kölner Grüngürtel als Regionale 2010 - Projekt oder die konsequente Nutzung von Ökokontogeldern für die Biotopvernetzung sind hier zu nennen. Im Naturschutzzentrum Friesheim wird eine Biologische Station eingerichtet. Sollte dies nicht mehr möglich sein, wird hier in Kooperation mit der für den Rhein-Erft-Kreis zuständigen Biologischen Station in Bonn eine Zweigstelle eingerichtet.
- Die Wirtschaftsförderung im Rhein-Erft-Kreis wird konsequent am Kriterium der Nachhaltigkeit orientiert. Produkte und Herstellungsverfahren müssen sich vor dem Kriterium der Nachhaltigkeit rechtfertigen. Insbesondere sollen Hersteller aus dem Bereich der regenerativen Energien gewonnen werden, um hier die Synergien einer entsprechenden Clusterbildung zu nutzen. RWE und RheinBraun sind gefordert, den Strukturwandel in Richtung regenerative Energie zu unterstützen. Die Chemieindustrie, die im Rhein-Erft-Kreis auch eine erhebliche Rolle spielt, muss sich weiter konsequent umweltverantwortlich entwickeln. Hier ist in der Vergangenheit viel passiert, hier muss aber auch weiterhin viel passieren.
- Der Kreis verfolgt konsequent den Aufbau einer barrierefreien Infrastruktur. Dazu gehören ebenerdige Einstiege in Bus- und Bahn, Ausstattung der öffentlichen Gebäude mit Rampen und Aufzügen, verständliche Sprache im Schriftwechsel, in Formularen und im Internetauftritt und vieles mehr.

- Kindergesundheit ist eine der Schwerpunktsetzungen des Kreises in den letzten Jahren gewesen. Hier können wir uns nicht auf die Hebung der Impfquoten konzentrieren, sondern müssen die Kommunen darin unterstützen, einen in allen Bereichen präventiven Kurs zu verfolgen. Gemäß dem Dormagener Modell werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass alle Kinder die Chance auf eine gesunde und gewaltfreie Kindheit haben.
- Wir brauchen einen weiteren Ausbau der Ganztagsangebote an den Schulen, für die der Kreis zuständig ist. Ebenso brauchen wir im Bereich der Berufskollegs und Förderschulen Ganztagsangebote, die inhaltlich und pädagogisch anspruchsvoll organisiert sind. Wir brauchen SchulpsychologInnen und SchulsozialarbeiterInnen, wenn wir dem Problem der Gewaltbereitschaft oder anderer schwerwiegender Entwicklungsstörungen von Kindern und Jugendlichen begegnen wollen. Daneben findet das Thema „Gesundes Essen“ in den Ganztageseinrichtungen für Kinder noch zu wenig Beachtung. Kein Kind darf aus finanziellen Gründen vom Besuch von Ganztagesesschulen und weiteren Bildungsangeboten des Kreises ausgeschlossen werden.
- Die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe ist grundsätzlich der richtige Schritt gewesen. Wir brauchen aber dringend Reformen an den Hartz IV-Gesetzen. Die Regelsätze sind so niedrig gesetzt, dass sie Armut nicht verhindern. Die bürokratischen Schwierigkeiten durch die Zusammenarbeit der Kommunen und der Bundesanstalt für Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften (ArGe) müssen überwunden werden. Hier ist die ArGe Rhein-Erft aber auf einem guten Kurs, den es konsequent weiter zu verfolgen gilt.
- Die schwarz-gelbe Landesregierung handelte skandalös, den personell unterbesetzten Frauenhäusern die vierte Sozialarbeiterinnenstelle zu streichen. Die Kreispolitik muss auf die Rücknahme dieses Beschlusses drängen.
- Der Kreis muss als wichtige eigene Aufgabe eine ausreichende Finanzierung der Familien-, Verbraucher-, Schuldner-, Flüchtlings-, und Drogenberatungsstellen sicherstellen.

Politische Kooperationen oder Koalitionen der Grünen im Rhein-Erft-Kreis sind mit der Realisierung dieser Forderungen verbunden. Wir Grüne werden politische Angebote anderer Parteien hieran messen.

Menschen, die eine wirklich nachhaltige, das heißt ökologisch, sozial und ökonomisch verantwortliche Politik im Rhein-Erft-Kreis wünschen, stärken die Grünen durch Wahl, Mitgliedschaft und Engagement.

Politik kann nicht alles, es ist töricht zu viel zu versprechen.

Wir machen das, was geht! Versprochen!“